

Antrag A20

Antragssteller*in: LAG Palästinasolidarität, Linke Neukölln, Linke Steglitz-Zehlendorf, SDS.Berlin, Linksjugend solid Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Stoppt den Genozid in Gaza

2 Die Linke Berlin erkennt an, dass das militärische Vorgehen Israels im Gazastreifen die Kri-
3 terien eines Genozids erfüllen. Das wird durch die Dokumentationen der schweren Verstöße
4 gegen das humanitäre Völkerrecht und nach Einschätzung führender Genozidforscher*innen
5 sowie internationaler Menschenrechtsorganisationen untermauert. Spätestens seit der Stel-
6 lungnahme der International Association of Genocide Scholars (IAGS) ist es überfällig, dass
7 unsere Partei ihre bisherige Zurückhaltung aufgibt und sich den Argumenten anschließt, die
8 auch von Amnesty International, medico international, B'Tselem, Physicians for Human
9 Rights Israel sowie von diversen UN-Expert*innen vorgetragen werden.

10 Die Linke Berlin nutzt ab sofort den Begriff „Genozid“ konsequent in öffentlichen Äußerun-
11 gen, Interviews und Kundgebungen. Diese klare Sprache ist Ausdruck einer Haltung, die das
12 Leid der Zivilbevölkerung in Gaza ernst nimmt und sich gegen jede Relativierung von Kriegs-
13 verbrechen stellt. Wir stehen an der Seite aller Menschen, die für eine friedliche und gerech-
14 te Lösung kämpfen – für gleiche Rechte für alle Menschen und für ein Ende der Apartheid in
15 der Region. Ebenso unterstützt die Linke Berlin öffentlich internationale Initiativen, die kon-
16 kret gegen den Genozid aktiv werden, etwa die Global Sumud Flotilla oder die Hague Group
17 sowie Streiks oder Arbeitsverweigerungen gegen Militärlieferungen.

18 Wir erkennen an, dass Deutschland Mitverantwortung für den Genozid in Gaza trägt. Mit
19 Waffenlieferungen und militärischer Unterstützung an Israel beteiligt sich die Bundesregie-
20 rung an einer Politik, die internationales Recht verletzt und ziviles Leben zerstört. Die ange-
21 kündigte teilweise Aussetzung neuer Genehmigungen für Rüstungsexporte ist unzureichend.
22 Die Linke Berlin setzt sich dafür ein, und argumentiert auch in der Bundespartei, dass der
23 Generalbundesanwalt Untersuchungen aufnimmt und ein Verfahren einleitet auf der Grund-
24 lage des Strafantrages der Anwält*innen Nadija Samour, Yolanda Scheytt, Robert Brockhaus
25 und Benjamin Düsberg bezüglich der Beihilfe zum Genozid in Gaza durch die deutsche Bun-
26 desregierung und Vorstände deutscher Rüstungskonzerne.

27 Zudem bekennen wir uns unmissverständlich zum Kampf gegen Antisemitismus. Grundlage
28 ist für uns die Jerusalemer Erklärung, die bereits auf dem Bundesparteitag am 10.05.2025
29 beschlossen wurde. Die Linke Berlin stellt sich entschieden gegen Repressionen, unter de-
30 nen die palästinasolidarische Bewegung besonders leidet, und bekennt sich selbstverständ-
31 lich zum Völkerrecht.

32 Wir fordern konkret:

- 33 • Sanktionen und ein Waffenembargo gegen Israel - sowie die Einstellung jeglicher
- 34 Rüstungs- und Sicherheitskooperationen,
- 35 • die Aufhebung der Blockade,
- 36 • den uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe,
- 37 • ein Ende der illegalen Besatzung Palästinas,
- 38 • das uneingeschränkte Rückkehrrecht für alle Geflüchteten,

- 39 • die Freilassung der Geiseln in Gaza und der willkürlich inhaftierten Palästinenser*innen,
- 40
- 41 • die internationale juristische Verfolgung der Verantwortlichen,
- 42 • die sofortige Anerkennung Palästinas als Staat durch die Bundesregierung,
- 43 • die Achtung demokratischer Grundrechte bei Demonstrationen gegen den Genozid.

44 Begründung:

45 „Wir haben zu lange geschwiegen, ich habe zu lange geschwiegen. (...) Das, was in Gaza
46 stattfindet, ist ein Genozid! Wir werden uns jeder Repression entgegenstellen und die Pro-
47 testbewegung schützen.“

48 Ines Schwerdtner auf der größten Palästina-Demonstration

49 “Zusammen für Gaza” am 27.09.2025 in Berlin.

50 Damit ist Ines Schwerdtner nicht allein. Nach einer Umfrage von YouGov Omnibus Politik
51 wirft die absolute Mehrheit der Deutschen Israel einen Genozid in Gaza vor.

52 Bis zum 01. Oktober 2025 wurden 66.000 Palästinenser*innen getötet - darunter 18.500 Kin-
53 der und 9.700 Frauen. Aus wissenschaftlichen Analysen der Friedens- und Konfliktforschung
54 ist bekannt, dass die tatsächliche Höhe von Todes- und Verletztanzahlen in Kriegsgebieten
55 drei- bis fünfzehnmal höher sind als die offiziellen Angaben, die nur gemeldete Fälle und
56 identifizierte Personen berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund warnte die UN-Berichterstat-
57 terin Francesca Albanese davor, dass die tatsächliche Zahl getöteter Palästinenser*innen
58 mittlerweile bei 680.000 Menschen liegen könnte.

59 Israel hat außerdem fast alle der 2,3 Millionen Palästinenser*innen im Gazastreifen mehrfach
60 gewaltsam vertrieben und mehr als 90 Prozent der Wohninfrastruktur (Schulen, Märkte,
61 Krankenhäuser) in diesem Gebiet zerstört. Zu den Verbrechen der israelischen Regierung
62 zählen Folter, willkürliche Inhaftierungen, sexualisierte Gewalt, gezielte Angriffe auf medizi-
63 nisches Fachpersonal, humanitäre Helfer und Journalist*innen sowie die vorsätzliche Vorent-
64 haltung von Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten und Strom, die für das Überleben der
65 Bevölkerung unerlässlich sind. Die Blockadepolitik, die Verhinderung von Hilfslieferungen
66 und die gezielte Zerstörung des Gesundheitssystems haben Hunger, Seuchen und eine ka-
67 tastrophale medizinische Lage zur Folge. Führende israelische Politiker*innen befeuern die-
68 se Verbrechen mit entmenschlichender Rhetorik.

69 Wir fordern eine außen- und innenpolitische Wende der Bundesregierung. Das Expert*innen-
70 papier „Jenseits der Staatsraison“ von über 100 Nahostexpert*innen gibt zahlreiche konkrete
71 Handlungsempfehlungen für eine Abkehr von der Staatsräson mit denen sich die Bundesre-
72 gierung und auch die Linke auseinandersetzen muss, um eine neue Nahostpolitik zu entwi-
73 ckeln und die Repression gegen die Palästinasolidarität in Deutschland zu beenden.